

Nutzung atypischer Beschäftigungsformen in Baden-Württemberg – Daten aus dem IAB-Betriebspanel liefern neue Erkenntnisse

Die Arbeitswelt wird zunehmend durch atypische Beschäftigung geprägt. Darunter versteht man befristete Arbeitsverhältnisse, Leiharbeit, freie Mitarbeit, geringfügige Beschäftigung, aber auch sozialversicherungspflichtige Teilzeitarbeit. Wird das Normalarbeitsverhältnis durch diese Formen der Beschäftigung verdrängt? Wo liegen die Schwerpunkte der atypischen Beschäftigung? Und wie sieht die Situation in Baden-Württemberg im Vergleich zum Bundesgebiet aus? Dies sind Fragen, die in einer neuen Studie des IAW im Auftrag des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg untersucht wurden.

Auch in baden-württembergischen Betrieben werden atypisch Beschäftigte zunehmend eingesetzt. Von 2000 bis 2012 nahmen Leiharbeit und freie Mitarbeit prozentual besonders stark zu. Die befristete Beschäftigung stieg ebenfalls deutlich an, vor allem bei Frauen.

Die Anteile der atypisch Beschäftigten in Baden-Württemberg unterschieden sich im Jahr 2012 nur um maximal einen Prozentpunkt von den Werten für das gesamte Bundesgebiet. Freie Mitarbeit, geringfügige Beschäftigung und Teilzeitbeschäftigung sind in Baden-Württemberg etwas häufiger, befristete Beschäftigung ist dagegen etwas seltener als im Bundesdurchschnitt.

Befristete Beschäftigung, geringfügige Beschäftigung, freie Mitarbeit und Teilzeitbeschäftigung sind vorwiegend im Dienstleistungssektor verbreitet. Leiharbeitskräfte werden dagegen hauptsächlich im Verarbeitenden Gewerbe eingesetzt. Nicht nur die atypische Arbeit hat in Baden-Württemberg zugenommen, sondern auch die Beschäftigung mit einem regulären Arbeitsvertrag. Der Zuwachs befristeter Beschäftigung im Zeitraum 2005 bis 2012 erfolgte überwiegend im Kontext der Schaffung neuer Arbeits-

Fortsetzung Seite 2

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

Das IAW hat am 22. Mai 2014 einen Kooperationsvertrag mit der Universität Tübingen geschlossen; seither ist es ein Institut „an der Universität Tübingen“. Damit wird die schon in der Vergangenheit gelebte enge Verbindung zur Tübinger Universität unterstrichen. Die organisatorische Eigenständigkeit des IAW und seine inhaltliche Ausrichtung bleiben davon unberührt. Nach wie vor wird es wirtschaftswissenschaftliche Forschung und wirtschaftspolitische Beratungstätigkeit miteinander verbinden. Neben praktischen Erleichterungen soll die Kooperation vor allem eines bringen: einen schnelleren Fluss an Ideen und eine intensivere Diskussion zwischen den Forscherinnen und Forschern des IAW und den Mitgliedern der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. In dieser Hinsicht wird durch den Vertrag im Übrigen keine Exklusivität geschaffen, denn dies wünscht sich das IAW in der Zusammenarbeit mit allen Partnern.

Nicht nur darüber wird in dieser Ausgabe berichtet. Ein weiteres Highlight war Ende Juni die erste Bundesbank-IAW Lecture, für die wir Professor Paul De Grauwe von der London School of Economics gewinnen konnten, der sich der Frage, ob die Eurokrise vorüber ist, stellte (siehe Seite 4). Des Weiteren sind wieder interessante Ergebnisse aus abgeschlossenen Forschungsprojekten zu vermelden.

Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre.



Prof. Dr. Wilhelm Kohler

Aus dem Inhalt:

Editorial	1	Veranstaltungen des IAW	4
Nutzung atypischer Beschäftigungsformen in Baden-Württemberg	1	Veröffentlichung aus dem IAW	6
Forschungsberichte aus dem IAW:		In eigener Sache: IAW ist jüngstes An-Institut der Universität Tübingen	7
Empfehlungen an die Bundesagentur für Arbeit zur Gleichstellung von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt	2	Vorträge	7
Elternschaft in frühem Lebensalter ist zunehmend mit Benachteiligungen verbunden.....	3	Vorträge / Interviews.....	8
		Personalia	8
		Impressum / Kontakt.....	8
		Weitere Infos zum IAW sowie aktuelle Pressemitteilungen finden Sie im Internet unter www.iaw.edu	

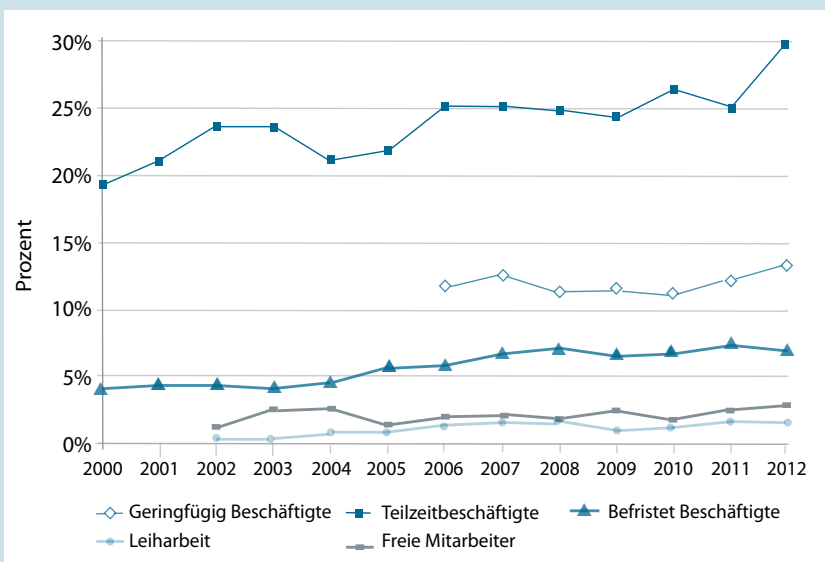
plätze und nicht durch Verdrängung unbefristeter Beschäftigung.

Leiharbeitskräfte haben nur eine relative geringe Chance, bei ihrem Entleihbetrieb nach ihrer Tätigkeit als Leiharbeitskräfte eine Festanstellung zu erhalten.

Zum 1. Januar 2012 wurde in der Leiharbeitsbranche ein Mindestlohn von (zunächst) 7,89 € (Westdeutschland) eingeführt. Im Folgezeitraum war ein leichter Rückgang der Nutzung von Leiharbeit in Baden-Württemberg zu beobachten. Eine erste Analyse zur Wirkung des Mindestlohns auf die Nutzung von Leiharbeit liefert aber keine Anhaltspunkte dafür, dass der Rückgang der Leiharbeit ursächlich auf den Mindestlohn zurückzuführen ist.

→ Der Bericht „Nutzung atypischer Beschäftigungsformen in Baden-Württemberg“ kann von der IAW-Website kostenlos heruntergeladen werden: www.iaw.edu/index.php/arbeitsmaerkte-und-soziale-sicherung-kopie/nutzung-atypischer-beschaeftigungsformen-in-baden-wuerttemberg

Entwicklung der atypischen Beschäftigung in Baden-Württemberg: Anteile an der Gesamtbeschäftigung



Quelle: IAB-Betriebspanel Baden-Württemberg 2000-2012, IAW-Berechnungen. Zur Erläuterung: Ein Beschäftigungsverhältnis kann in mehrerer Hinsicht atypisch sein – beispielsweise sowohl befristet als auch in Teilzeitbeschäftigung.

Ansprechpartner:
Prof. Dr. Bernhard Boockmann
bernhard.boockmann@iaw.edu

Empfehlungen an die Bundesagentur für Arbeit zur Gleichstellung von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt

Die Agenturen für Arbeit können durch entsprechende Vorkehrungen in der konkreten Ausgestaltung ihrer Geschäftspolitik, ihrer Strukturen und Prozesse die Gleichstellung von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt wirkungsvoll beeinflussen. Ein Beitrag zur Förderung von Gleichstellung ist vor allem dann zu erwarten, wenn Gender-Kompetenz im operativen Bereich – also in Beratung und Vermittlung – verankert wird. Den Fachkräften sowie den Führungs- und Leitungskräften muss daher klar sein, was unter gleichstellungsorientiertem Arbeiten in der Praxis genau zu verstehen ist und warum es sich lohnt, sich mit diesem Thema zu befassen. Eine Voraussetzung hierfür ist es, dass es gelingt, die Abstraktheit des Themas Gleichstellung zu reduzieren.

Zu diesen Ergebnissen kommt ein gemeinsames Forschungsprojekt des IAW, des Instituts für Sozialforschung und

Gesellschaftspolitik (ISG), Köln/Berlin, des Tübinger Forschungsinstituts tifs und des genderbüro Berlin zum Thema „Gleichstellungspolitische Auftrag der Bundesagentur für Arbeit im SGB III“. Im Zentrum stand die Analyse der Prozesse im Bereich der aktiven Arbeitsförderung. Auf Basis der Analyseergebnisse wurden insgesamt zehn handlungsbezogene Empfehlungen und Vorschläge herausgearbeitet, mit denen die Beratung und Vermittlung in der Bundesagentur qualitativ verbessert und eine durchgängige Verankerung von Gleichstellung gewährleistet werden können. Fünf der Handlungsempfehlungen lassen sich direkt dem Beratungs- und Vermittlungsprozess zuordnen.

Als gleichstellungsbezogenes Rahmenziel in der Rahmenzielvereinbarung, welche die Bundesagentur für Arbeit mit der Bundesregierung schließt, wird die Erhöhung der Qualität von Beratung und Vermitt-

lung durch die systematische Berücksichtigung einer Gleichstellungsperspektive empfohlen. In der regelmäßigen Berichterstattung sollte die Bundesagentur selbst darlegen und bewerten, ob und wie die Qualität von Beratung und Vermittlung durch eine systematische Gleichstellungsorientierung tatsächlich erhöht und die Maßnahmen zur gleichstellungsorientierten Prozessoptimierung tatsächlich umgesetzt werden konnten.

→ Der Bericht kann auf der Website des Bundesministeriums für Arbeit und Soziale (BMAS) kostenlos heruntergeladen werden: <http://www.bmas.de/DE/Service/Publicationen/Forschungsberichte/Forschungsberichte-Arbeitsmarkt/fb443-gleichstellung.html>

Ansprechpartnerin:
Dipl.-Volkswirtin Andrea Kirchmann
andrea.kirchmann@iaw.edu

Elternschaft in frühem Lebensalter ist zunehmend mit Benachteiligungen verbunden

Der Trend, Kinder erst in höherem Lebensalter zu bekommen, ist ungebrochen. Nach den Ergebnissen einer IAW-Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) fiel der Anteil junger Mütter an allen Müttern von 1996 bis 2011 von 56% auf 37%. Als junge Mütter werden dabei Frauen bezeichnet, deren erstes Kind nach ihrem 16. und vor ihrem 27. Lebensjahr geboren wurde. Zugleich stieg der Anteil der Alleinerziehenden und jungen Mütter mit Migrationshintergrund an den jungen Müttern deutlich an. Vor diesem Hintergrund beschäftigt sich die Studie mit den schulischen und beruflichen Qualifikationen junger Mütter, ihrer Situation auf dem Arbeitsmarkt, der Unterstützung junger Eltern durch den Staat und der subjektiven Bewertung ihrer eigenen Lebenssituation.

In der Studie werden die jungen Mütter zwei Vergleichsgruppen gegenübergestellt: den älteren Müttern, die ihr erstes Kind nach dem 27. Geburtstag bekommen haben, und der Gruppe der Frauen im Alter zwischen 16 und 38 Jahren.

Tendenziell sind junge Mütter im Vergleich zu älteren Müttern eher in Vollzeit als in Teilzeit beschäftigt. Junge Mütter sind weit stärker als ältere eine Zielgruppe für die Aktivierung durch die Jobcenter. Gut ein Viertel der jungen Mütter ist aufgrund eines geringen Einkommens auf Leistungen des Staates in Form von

Arbeitslosengeld II angewiesen. Ein deutlich anderes Bild zeigt sich hingegen in den Vergleichsgruppen. Unter den älteren Müttern und gleichaltrige Frauen befinden sich deutlich weniger als 10 % im Leistungsbezug nach dem SGB II. Ältere Mütter scheinen hierbei zum einen öfter durch ihren Partner abgesichert zu sein, zum anderen aber durch ihre Erwerbstätigkeit beruflich und damit auch finanziell sicherer dazustehen.

Das durchschnittliche Nettoäquivalenzeinkommen junger Mütter lag im Jahr 2011 um 350 Euro unter dem von gleichaltrigen Frauen. Kontrolliert man dafür, dass das Einkommen im Durchschnitt mit dem Alter zunimmt, sowie für andere sozio-demographische Charakteristika, so verbleibt ein Unterschied von 170 Euro. Zum großen Teil ist diese Differenz auf Unterschiede in der Höhe des Arbeitseinkommens zurückzuführen.

Die objektiven Unterschiede der sozio-ökonomischen Situation und die Unterschiede in der subjektiven Bewertung zwischen jungen Müttern und Vergleichsgruppen stimmen vielfach überein. Wohnungssituation und Einkommen werden von jungen Müttern als deutlich schlechter wahrgenommen. Die Unterschiede in der materiellen Zufriedenheit erklären zum Teil, warum auch die allgemeine Lebenszufriedenheit junger Mütter zwei oder mehr Jahre nach der Geburt des

ersten Kindes geringer ist als die Lebenszufriedenheit älterer Mütter.

Andere Aspekte der Lebenssituation werden dagegen von jungen Müttern positiver wahrgenommen als von älteren. Die Rolle als Mutter empfinden deutlich mehr junge als ältere Mütter als befriedigend. Belastungen und Einschränkungen, die sich aus der Situation als Mutter ergeben, werden von jungen Müttern zumindest nicht negativer wahrgenommen als von älteren Müttern. Die Kinderbetreuung wird von jungen und älteren Müttern gleich bewertet.

Die Analysen stützen sich vor allem auf Auswertungen des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) in Verbindung mit den ersten beiden Wellen der ergänzenden Stichprobe „Familien in Deutschland“ sowie auf den Mikrozensus und das „Panel Arbeitsmarkt und Soziale Sicherung“ (PASS).

→ Der Bericht kann auf der Website des BMAS kostenlos heruntergeladen werden: <http://www.bmas.de/DE/Service/Publicationen/Forschungsberichte/Forschungsberichte-Arbeitsmarkt/forschungsbericht-fb440-arbeitsmarktuebergaenge.html>

Ansprechpartner:
Prof. Dr. Bernhard Boockmann
bernhard.boockmann@iaw.edu

Aktuelle IAW-Diskussionspapiere

Nr. 103
Bernhard Boockmann / Monika Schnitzer / Claudia Buch
Evidenzbasierte Wirtschaftspolitik in Deutschland: Defizite und Potentiale

Nr. 104
Andrea Bellucci / Germana Giombini / Ilario Favaretto
Does Innovation Affect Credit Access? New Empirical Evidence from Italian Small Business Lending

Nr. 105
Raimund Krumm
Ressourcenökonomische Konzepte zur Verbesserung der branchenbezogenen Datenglage bei nicht-energetischen Rohstoffen

Nr. 106
Angela Cheptea
Do multinational retailers affect the export competitiveness of host countries?

→ www.iaw.edu/index.php/IAW-Diskussionspapiere/genre/IAW-Diskussionspapiere

Neuer Forschungsbericht erschienen

Jochen Späth
Firm Age and Employment Flexibility in Germany

Die Publikation ist als IAW-Forschungsbericht Nr. 74 erschienen und kann für 29,80 Euro direkt beim IAW bestellt werden: iaw@iaw.edu, Tel. 07071 98960.

Die Euro-Krise ist noch nicht vorbei – Paul de Grauwe erster Vortragender einer neuen Vorlesungsreihe

Mit der „Bundesbank-IAW Lecture on European Economic Integration“ haben das IAW und die Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbank in Baden-Württemberg eine neue Vorlesungsreihe ins Leben gerufen, die am 30. Juni 2014 von Professor Paul de Grauwe eröffnet wurde. De Grauwe ist Inhaber des John Paulson Lehrstuhls für Europäische Politische Ökonomie an der London School of Economics (LSE). Vor seinem Eintritt bei der LSE war er Professor für Internationale Wirtschaft an der Universität von Leuven, Belgien. Er ist ein weltweit anerkannter Experte für Geldtheorie und Autor von mehreren maßgeblichen Lehrbüchern, darunter „The Economics of Monetary Union“ (8. Auflage).



Professor Paul De Grauwe, (LSE) ; Foto: © IAW

Das Fazit seines Vortrags „Is the Eurocrisis over?“ war eindeutig: Die Krise ist noch nicht vorbei, denn noch immer haben manche Mitgliedsländer der Eurozone langfristig nicht tragbare Ausmaße der öffentlichen Verschuldung. Der bislang praktizierte Ansatz zur Lösung des Verschuldungsproblems besteht darin, den Schuldnerländern einen schmerzhaften Sparkurs zu verordnen. Dies führt nach De Grauwes Ansicht zu Wachstumsverlusten, ohne dass die Verschuldungsquoten innerhalb des politisch relevanten Zeitrahmens reduziert werden können. Stattdessen plädierte de Grauwe für eine symmetrische Anpassung auch in den Gläubigerländern durch einen Anstieg der Löhne und Preise.

Nach de Grauwe wird die Schuldenkrise durch institutionelle Defizite im Bereich der Geldpolitik verstärkt. Über lange Zeit galt es als Tabu, der Europäischen Zentralbank die Funktion des „lender of last resort“ (Kreditgeber der letzten Instanz) auf dem Markt von Staatsschuldverschreibungen zuzusprechen. Mit dem „outright market transactions“ (OMT) Programm, das Präsident Draghi im September 2012 verkündete, scheint das Tabu gebrochen. Allerdings wird dieses Programm durch den „Mainstream“ der deutschen Ökonomen heftig in Frage gestellt und durch das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe auch juristisch angefochten. Paul de Grauwe nahm in seiner Tübinger Vorlesung klar Stellung zugunsten des OMT. Ein wirksamer Schutz vor künftigen Verschuldungskrisen erfordere einen „lender of last resort“ mit uneingeschränktem Finanzierungspotential, und dieser könne nur durch eine Zentralbank gewährt werden.

Für eine langfristige Lösung unter Beibehaltung der Eurozone sieht de Grauwe nur eine Möglichkeit: Eine demokratisch gewählte Regierung für die Eurozone, gestützt durch das Europäisches Parlament, die ein ähnliches Vorrecht gegenüber der EZB genießt, wie es die Regierungen von Großbritannien und der USA gegenüber den dortigen Zentralbanken besitzen. Er schloss mit einem Plädoyer



Prof. Dr. Wilhelm Rall (Vorstandsvorsitzender des IAW e.V./Vorsitzender des Universitätsrats der Universität Tübingen) dankt Prof. Paul De Grauwe unter Beifall von Bernhard Sibold (Mitte) für den interessanten Vortrag. Foto: © IAW.

für politische Integration anstelle der in der Vergangenheit dominierenden bürokratischen Integration Europas.

→ Der Vortrag basierte auf einem Papier, das demnächst in „The Manchester School“ erschienen wird. Es kann von der IAW-Website herunter geladen werden: www.iaw.edu/index.php/aktuelles-detail/433

Bundesbank-IAW Lecture on European Economic Integration

Die „Bundesbank-IAW Lecture on European Economic Integration“ wird durch die Hauptverwaltung Deutschen Bundesbank in Baden-Württemberg finanziert und soll alljährlich in festlichem Rahmen in der Alten Aula der Universität Tübingen stattfinden. Die Vorlesungen sollen Erkenntnisse aus der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung zu aktuellen wirtschaftspolitischen Problemen im Zusammenhang mit der Europäischen Integration auf allgemein verständliche Weise vermitteln.

Die erste Bundesbank-IAW Vorlesung fand am 30. Juni 2014 in Anwesenheit des Präsidenten der Hauptverwaltung Deutschen Bundesbank in Baden-Württemberg, Bernhard Sibold, statt. Anwesend waren darüber hinaus der Prorektor für Struktur und Internationales der Universität Tübingen, Prof. Dr. Heinz-Dieter Assmann, und der Vorstandsvorsitzende des IAW, Prof. Dr. Wilhelm Rall, sowie ca. 100 weitere Zuhörer – Lehrende und Studierende der Universität Tübingen wie auch interessierte Personen aus Wirtschaft und Verwaltung.

Finanzverfassung Thema bei der jährlichen Vortragsveranstaltung

Unter dem Titel „Föderalismusreform III - Mehr Steuerautonomie der Länder“ präsentierte Prof. Dr. Lars P. Feld (Leiter des Walter Eucken Instituts, Freiburg, sowie Mitglied des Sachverständigenrats) seine lebhaft vorgetragene und kontroverse Analyse der deutschen Finanzverfassung.



Professor Dr. Lars P. Feld

Foto: © IAW

Er beschäftigte sich zunächst mit der Finanzsituation der Bundesländer unter den gegenwärtigen Regeln des Finanzausgleichs verbunden mit dem Verbot der Neuverschuldung durch die Schuldenbremse. Danach wird es für mehrere Bundesländer eng: Ihnen verbleiben praktisch keine fiskalischen Handlungsspielräume. Ein alternatives Konzept sieht Feld darin, den Bundesländern über die Möglichkeit von Zuschlägen auf die Ein-

kommensteuerschuld mehr Steuerautonomie zu geben. Danach würden sich unterschiedliche Spitzensteuersätze in den Bundesländern zwischen 43 Prozent und 53 Prozent ergeben. Ein Vorteil von mehr Autonomie wären stärkere Anreize zum wirtschaftlichen Handeln.

In der anschließenden Podiumsdiskussion zum Thema „Finanzverfassung“ diskutierten unter der Moderation von Professor Dr. Wilhelm Rall (IAW) Professor Dr. Lars P. Feld, der Staatssekretär Klaus-Peter Murawski (Staatsministerium Baden-Württemberg) sowie der Chefvolkswirt der Deutschen Bundesbank in Frankfurt Jens Ulbrich.



V.l.n.r.: Prof. Dr. Wilhelm Rall (Moderation), Prof. Dr. Lars P. Feld, Staatssekretär Klaus-Peter Murawski, Jens Ulbrich.

Foto: © IAW/Deutsche Bundesbank

Der diesjährige 7. Norbert-Kloten-Preis für Angewandte Wirtschaftsforschung 2014 wurde am 25. März 2014 wie schon im Vorjahr an zwei Preisträger verliehen. Thomas Steinwachs wurde für seine Masterarbeit „Offshoring and Employment with Labor Market Frictions“ ausgezeichnet, die von Professor Dr. Wilhelm Kohler betreut wurde. Tim Roth erhielt den Preis für seine Masterarbeit „Trade in Value Added: A Fresh Perspective on Bilateral Trade Relations, Trade Barriers and Production Fragmentation“, die am Lehrstuhl für Außenwirtschaft bei Professor Dr. Benjamin Jung (Universität Hohenheim) entstanden ist.



V.l.n.r.: Bernhard Sibold (Präsident der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbank in Baden-Württemberg, Thomas Steinwachs, Tim Roth, Prof. Dr. Wilhelm Rall (Vorsitzender des IAW-Vorstands).

Foto: © IAW/Deutsche Bundesbank

ESPON-Workshop „Regional economic resilience in Europe“ am IAW

Am 19. März 2014 führte die Hochschule für Wirtschaft, Technik und Kultur (HTWK) Leipzig mit dem IAW gemeinsam der ESPON-Workshop „Regional Economic Resilience in Europe – Fallstudie Baden-Württemberg“ durch. Dr. Raimund Krumm (IAW) hielt zu Beginn einen Impulsvortrag zum Thema „Die Finanz- und Wirtschaftskrise in Baden-Württemberg – Erfahrungen und Folgerungen“. Professor Dr. Rüdiger Wink (HTWK) ging dann in seinem Vortrag auf die Bewältigung des demografischen Wandels am Arbeitsmarkt sowie auf die Nutzung von EU-Förderprogrammen während der Wirtschafts- und Finanzkrise ein.



Teilnehmerinnen und Teilnehmer am ESPON-Workshop am 19. März 2014 in Tübingen

Foto: © IAW

Im Zentrum der Veranstaltung standen Ergebnisse, die die HTWK im bisherigen Verlauf ihres ESPON-Projekts „Economic Resilience in Europe“ (ESPON – European Spatial Planning Observation Network) speziell zu Baden-Württemberg abgeleitet hatte. Die Vortragsthemen und vorläufigen Projektergebnisse wurden auf dem Workshop baden-württembergischen Experten zur Einschätzung vorgelegt. An der Diskussion beteiligten sich rund 20 Vertreterinnen und Vertreter von Industrie- und Handelskammern, Branchenverbänden, Gewerkschaften, Landesministerien, Regionalverbänden sowie der Bundesagentur für Arbeit.

18.-20. Juni 2014: Dritter Projekt-Workshop „Europe’s Global Linkages and the Impact of the Financial Crisis“ in Mailand

Der dritte Projekt-Workshop fand vom 18.-20. Juni 2014 in Mailand statt und wurde durch das IAW gemeinsam mit der Fondazione Eni Enrico Mattei (FEEM), Mailand, organisiert. Die Keynote Lecture hielt Gianmarco I. P. Ottaviano (LSE und Universität Bologna) zum Thema: „Product Mix and Firm Productivity Responses to Trade Competition“. Der Workshop wurde von der Volkswagenstiftung im Rahmen des Programms „Europe and Global Challenges“ gefördert.

→ Aktuelle Informationen und Publikationen sind unter www.iaw.edu/glic verfügbar.



Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 3. Workshop in Mailand

© Foto: IAW

IAW-Seminare

16. Juni 2014:

Agnese Sacchi

(Universitas Mercatorum (Rom) und Governance and Economics Research Network (Vigo, Spanien)
The Impact of National Fiscal Rules on the Stabilization Function of Fiscal Policy

Die präsentierten Papiere können von der IAW-Website herunter geladen werden:

→ www.iaw.edu/index.php/iaw-veranstaltungen-und-seminare

16. Juni 2014

Germana Giombini

(University of Urbino, Italien)
Multiple Market Imperfections, Firm Profitability and Investment

9. Juli 2014:

Charlotte Emlinger (CEPII, Paris) /
Karine Latouche (INRA, Nantes)

Do exporting firms benefit from multinational retail networks? Evidence from France

VERÖFFENTLICHUNG AUS DEM IAW

BMAS veröffentlicht die 4. Ausgabe des Fortschrittsreports „Altersgerechte Arbeitswelt“ zum Thema „Lebenslanges Lernen und betriebliche Weiterbildung“

Auch diese Ausgabe des Fortschrittsreports des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) knüpft an den Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer von 2010 – „Aufbruch in eine altersgerechte Arbeitswelt“ – an und dokumentiert die Fortschritte auf dem

Weg bis zur vollständigen Einführung der Rente mit 67 Jahren im Jahr 2029.

Der aktuelle Report, dessen Erstellung vom IAW wissenschaftlich begleitet wurde, fasst aktuelle Daten, Trends, Analysen sowie neueste wissenschaftliche Studien und Praxisbeispiele zum Thema

„Lebenslanges Lernen und betriebliche Weiterbildung“ zusammen.

→ Der Bericht kann kostenlos von der BMAS-Website herunter geladen werden: <http://www.bmas.de/DE/Service/Publikationen/Forschungsberichte/forschungsbericht-a746-4-ausgabe-4-juni-2014.html>

IAW ist jüngstes An-Institut der Universität Tübingen

Am 22. Mai 2014 unterzeichneten das IAW und die Universität Tübingen eine Kooperationsvereinbarung. Dadurch wird sich das IAW künftig als Institut „an der Universität Tübingen“ bezeichnen.

Durch den Kooperationsvertrag wird die bereits bestehende Zusammenarbeit fortgesetzt und noch besser gebündelt. Darüber hinaus sind die gegenseitige Nutzung von Daten- und Literaturbestän-

den, gemeinsame Aktivitäten in der Ausbildung von Doktorandinnen und Doktoranden und gemeinsame Berufungen im Rahmen von Stiftungsprofessuren vorgesehen. Die Vereinbarung bekräftigt und festigt eine langjährige und sehr erfolgreiche Zusammenarbeit.



V.l.n.r.: Professor Dr. Wilhelm Kohler (Wissenschaftlicher Direktor des IAW), Professor Dr. Dominik Papies (Fachbereich Wirtschaftswissenschaft der Universität Tübingen), Professor Dr. Karin Amos (Prorektorin der Universität Tübingen), Professor Dr. Bernhard Boockmann (Wissenschaftlicher Direktor des IAW), Professor Dr. Josef Schmid (Dekan der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Tübingen).

Foto: © Universität Tübingen, Friedhelm Albrecht.

Schon bisher wurden regelmäßig Projekte mit der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät durchgeführt, zum Beispiel in der Armuts- und Reichtumsforschung oder auf dem Gebiet der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Auch personell war die Verbindung bereits eng: Die beiden wissenschaftlichen Direktoren des Instituts, Professor Bernhard Boockmann und Professor Wilhelm Kohler, sind Angehörige der Universität Tübingen. Zudem beteiligen sich IAW-Mitarbeiter an der Lehre der Universität, und Studierende können am IAW durch Praktika Erfahrungen in der angewandten Wirtschaftsforschung sammeln.

Die Kooperationsvereinbarung bietet hierfür nun einen noch besseren Rahmen und soll der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung am Standort Tübingen neue Impulse geben.

VORTRÄGE

11. April 2014

Peter Eppinger: „Heterogeneous Firms and Trade“, Handbook of International Economics Seminar, IAW.

23. April 2014

Raimund Krumm: „Die Bedeutung Europas für die Wirtschaft und Beschäftigung in Baden-Württemberg“, Vortrag auf der Veranstaltung „EUROPA geht uns alle an!“ der Wirtschaftsregion Heilbronn-Franken GmbH in Kooperation mit dem Europabüro Wolpertshausen und dem Arbeitskreis Europaakteure, Heilbronn.

24.-26. April 2014

Peter Eppinger: „Global Sourcing Under Credit Constraints“, Spring Meeting of Young Economists, Wien.

2./3. Mai 2014

Tobias Brändle: „The One Constant: A Causal Effect of Collective Bargaining on Employment Growth?“ Vortrag auf der SOLE Conference 2014 in Arlington, VA.

27. Mai 2014

Tobias Brändle: „Is Offshoring Linked to Offshoring Potential? Evidence for Germany. Vortrag auf der Konferenz „TASK III: Changing Tasks – Consequences for Inequality“, IAB Nürnberg.

4. Juni 2014

Günther Klee: „Betriebliche Fort- und Weiterbildung in Baden-Württemberg – Ergebnisse auf der Basis des IAB-Betriebspanels“, Diskussionsrunde zum Thema Qualifizierung und Weiterbildung auf der

65. Ordentlichen Bezirkskonferenz der IG Metall Baden-Württemberg in Leinfelden-Echterdingen.

18. Juni 2014

Katja Neugebauer: „Real-Factor Effects of Global Banking“, Vortrag beim 3. Projektworkshop „Europe’s Global Linkages and the Impact of the Financial Crisis: Policies for Sustainable Trade, Capital Flows, and Migration“, Mailand.

19. Juni 2014

Wilhelm Kohler: „Heterogeneous Workers, Trade, and Migration“, Vortrag beim 3. Projektworkshop „Europe’s Global Linkages and the Impact of the Financial Crisis: Policies for Sustainable Trade, Capital Flows, and Migration“, Mailand.

19. Juni 2014

Peter Eppinger: Global Sourcing and the Financial Crisis“, Vortrag beim 3. Projektworkshop „Europe’s Global Linkages and the Impact of the Financial Crisis: Policies for Sustainable Trade, Capital Flows, and Migration“, Mailand.

26. Juni 2014

Bernhard Boockmann: Keynote speech in der Session „Mind the Gap“ des ersten Plenums beim „Third Annual Forum of the EU Strategy for the Danube Region“, Wien.

17. Juli 2014

Günther Klee: „Beschäftigungsentwicklung von Frauen sowie Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit in baden-württembergischen Betrieben – Ergebnisse aus dem IAB-Betriebspanel 2012/2013, Vortrag beim 3. Bilanzgespräch der Landesinitiative „Frauen in MINT-Berufen“, Stuttgart.

Interviews

21. Mai 2014

Bernhard Boockmann: Zum Rentenpaket/ Flexibilisierung des Renteneintritts, SWR 1

3. Juni 2014

Bernhard Boockmann: Schwarzarbeit am Bau, NDR Info

5. Juli 2014

Bernhard Boockmann: Ausrichtung der Arbeitsmarktpolitik, SWR 1

26./27. Juni 2014: „3rd Annual Forum of the EU Strategy for the Danube Region“ in Wien

Vor einem internationalen Publikum aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft wurden im Rahmen des 1. Plenums „Potenziale der Donau Region“ am 26. Juni 2014 zentrale Ergebnisse aus dem Projekt „Sozio-ökonomische Analyse des Donaustraumraums: Stand, Herausforderungen und Strategieentwicklung“ vorgestellt und diskutiert. Im Vordergrund des Beitrags von Professor Dr. Bernhard Boockmann, Wissenschaftlicher Direktor des IAW, standen die außenwirtschaftliche Verflechtung, die

institutionellen Rahmenbedingungen sowie das Investitionsklima der Länder des Donauraums. Ergänzend thematisierte Professor Dr. Michael Landesmann, Forschungsdirektor des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW) die Aspekte Wirtschaftsleistung und Wettbewerbsfähigkeit und Dr. Georg Licht, Leiter des Forschungsbereichs „Industrieökonomik und Internationale Unternehmensführung“ am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) widmete sich dem Gründungsgeschehen

sowie der Lage der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU).

Ziel des Projekts ist es, Vorschläge zur Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung und Kooperation im Rahmen der EU-Strategie für die Donauregion zu entwickeln.

→ Weitere Informationen zur gesamten Veranstaltung finden Sie unter: <http://www.danubeforumvienna.eu/page.php>

PERSONALIA



Katrin Harsch

Ende März beendete **Katrin Harsch M.A.** ihre erfolgreiche Tätigkeit am IAW. Sie führte im Forschungsschwerpunkt Arbeitsmarkt und Soziale Sicherung qualitative Untersuchung durch.

Nach langjähriger IAW-Zugehörigkeit, seit 2006 als wissenschaftliche Mitarbeiterin, beendete **Dr. Katja Neugebauer** Ende Mai 2014 ihre erfolgreiche Tätigkeit im Forschungsschwerpunkt „Internationale Integration und regionale Entwicklung“. Sie wechselte in das Department „Systemic Risk Centre“ der London School of Economics and Political Science (LSE).



Katja Neugebauer

Dipl.-Volkswirt Sebastian Nielen verteidigte am 3. Juni 2014 erfolgreich seine Dissertation „Firms’ short-run responses to capital and labor market frictions: the case of trade credit and temporary employment“, die von Professor Dr. Werner Bönte am Lehrstuhl für Industrieökonomik und Innovation an der Bergischen Universität Wuppertal betreut wurde.



Sebastian Nielen



Raimund Krumm

Dr. Raimund Krumm wurde im Rahmen der Akteursplattform Ressourceneffizienz vom Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg zum Ko-Sprecher

des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Indikatoren, Messgrößen und Ziele“ berufen.

Ein Praktikum am IAW absolvieren derzeit Marlene Bubb, David Buchholz, Katharina Lenz, Marc Sindlinger und Lisa Tarzia. Ihre Tätigkeit beendet haben Angelo Cozzi, Tobias Guthörl, Maximilian Heil, Friederike Langowski, Max Sundermann und Džana Subašić.

(Fotos: Katrin Harsch, Sebastian Nielen: Privat; Katja Neugebauer, Raimund Krumm: © IAW)

Impressum

Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e.V.

Ob dem Himmelreich 1, 72074 Tübingen

Tel. 07071 9896-0, Fax: 07071 9896-99

iaw@iaw.edu, <http://www.iaw.edu>

Verantwortlich: Prof. Dr. Bernhard Boockmann (Wissenschaftlicher Direktor)

Die IAW-News werden vorzugsweise per E-Mail versandt.